

SÜDPAZIFIK

Neuordnung des Hinterhofs

Auf den Salomonen sind vorigen Donnerstag erste Mitglieder einer multinationalen Friedenstruppe eingetroffen. Sie wollen die ethnischen Unruhen beenden und vor allem Rebellenführer Harold Keke ausschalten, der die Insel Guadalcanal, wo auch die Hauptstadt Honiara liegt, teilweise kontrolliert. Ministerpräsident Allan Kemakeza flüchtete zwei Tage vor Eintreffen des australischen Kriegsschiffs HMAS „Manoora“ aus Angst vor einer Entführung zeitweilig auf See. Im Rahmen der Operation „Helpem Fren“ („Freundschaftshilfe“) werden insgesamt 2225 Soldaten und Polizisten eingesetzt – als Speerspitze 1745 Australier sowie Einsatzkräfte aus Fidschi, Tonga, Samoa, Papua-Neuguinea und Neuseeland. Die salomonische Regierung bat die Interventionsmächte explizit um Hilfe, und das Parlament verabschiedete eigens ein Gesetz, das dem Kommando Immunität garantiert. Der größte Militäreinsatz im Südpazifik seit dem



Howard, Salomonen-Einsatzkommando

Zweiten Weltkrieg läutet eine neue Ära ein, zumal Australiens Premier John Howard durch jüngste Umfragen in seinem Dominanzstreben bestätigt wird. 59 Prozent seiner Landsleute stimmen der Interventionspolitik zu. Die Regierung in Canberra, die sich als südpazifische Ordnungsmacht sieht, lanciert bereits Pläne für eine Neuordnung ihres Hinterhofs. Der Vorschlag, Regierungskosten kleiner Staaten sparend zusammenzulegen, soll beim nächsten Pazifik-Forum in Auckland vom 12. bis 19. August eine zentrale Rolle spielen.



Farbige in Den Haag

NIEDERLANDE

Teure Einwanderer?

Eine brisante Studie mit dem nüchternen Titel „Immigration und die niederländische Ökonomie“ versucht, die politisch korrekte These von den positiven Effekten der Zuwanderung in alternden Gesellschaften zu widerlegen – und sorgt für Zündstoff über die Niederlande hinaus. Das dem Wirtschaftsministerium der konservativen Regierung Balkenende angegliederte „Centraal Planbureau“ bewertet in einer 122-seitigen Expertise Einwanderer unter dem Gesichtspunkt von Kosten und Nutzen. Dabei kommt es zu dem Ergebnis, dass ihre Sozialbilanz, anders als bislang angenommen, unterm Strich negativ ausfalle. Ein massenhafter Zuzug von gering qualifizierten Arbeitern bringe eher Nachteile für die Steuer- und Sozialsysteme:

In EU-Ländern mit hohem Wohlfahrtsniveau entnähmen Migranten während ihres Lebens mehr aus der Staatskasse, als sie einzahlten. Die Verfasser, drei Ökonomen, versuchen mit statistischen Modellen den Nachweis zu führen, dass schlecht ausgebildete Einwanderer der einheimischen Bevölkerung eher schaden, da sie zu schar-

fer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt werden können. Unternehmer würden ihrer Meinung nach zwar kurzfristig von den niedrigeren Löhnen für die Zuwanderer profitieren, insgesamt führe der Verdrängungswettbewerb jedoch zu Nachteilen für die angestammte Bevölkerung.

Für den Staatshaushalt würden die Immigranten auch deshalb mehr Last als Gewinn bedeuten, weil sie in den Niederlanden wegen der einkommensabhängigen Grundrenten nicht so lange am Arbeitsleben teilnehmen müssten wie in anderen EU-Ländern. Ihre Erwerbsbiografie sei darüber hinaus in der Regel wesentlich kürzer, außerdem steige die Belastung der Wohlfahrtsysteme, je mehr Zuwanderer von landesüblichen Leistungsmustern abwichen. Die Forscher stellten für verschiedene Immigrantengruppen in den Niederlanden die mutmaßlichen lebenslangen Steuerzahlungen den geschätzten durchschnittlichen Sozialbezügen während desselben Zeitraums gegenüber – Wohnbeihilfen, Ausbildungszu-

schüsse, Gesundheitskosten und Erwerbsunfähigkeitsrenten. Für eine typische Einwandererfamilie mit zwei Kindern errechneten sie Nettokosten von 230 000 Euro. Die Mitte-rechts-Regierung in Den Haag erwägt nun, EU-Vorstellungen von unspezifizierten Masseneinwanderungen eine Absage zu erteilen zu Gunsten eines strikt selektiven Anwerbemodells.



Balkenende